



HESSISCHER LANDTAG

25. 02. 2025

Antwort

Landesregierung

Große Anfrage vom 14.11.2024

Robert Lambrou (AfD), Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Christian Rohde (AfD), und Bernd Erich Vohl (AfD)

Gefälschte Einbürgerungsurkunden – Hausdurchsuchungen in Hessen

Drucksache 21/1329

Vorbemerkung Fragesteller:

Am 01.10.2024 wurden laut Presseberichten 13 Durchsuchungsbefehle in Hessen vollstreckt. Wiesbaden aktuell (<http://www.wiesbadenaktuell.de/startseite/news-detail-view/article/polizei-razzia-in-wiesbaden-gefaelschte-einbuengerungsurkunden.html>) und Hessenschau (<https://www.hessenschau.de/panorama/razzia-gegen-mutmassliche-ausweis-betrueger-im-rhein-main-gebiet-v1,razzia-ausweise-100.html>). Ermittelt wurde wegen Verdachts des Verschaffens von falschen amtlichen Ausweisdokumenten sowie Falschbeurkundung im Amt. Konkret sollen gefälschte Einbürgerungsurkunden beim Bürgerbüro in Hanau vorgelegt worden sein, um deutsche Pässe zu erhalten. Bei den Hausdurchsuchungen wurden Datenträger und weiteres Beweismaterial sichergestellt. Bei einer Durchsuchung wurde das SEK beteiligt. Gegen zwölf Verdächtige wird ermittelt, vier Personen wurden vorübergehend festgenommen und nach der Befragung wieder entlassen. Durchsuchungen fanden in Hanau, Maintal, Brachtal, Offenbach am Main, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Hofheim am Taunus sowie in Stuttgart (Baden-Württemberg) statt.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Große Anfrage im Namen der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz und für den Rechtsstaat wie folgt:

Frage 1 Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob im Kontext der in Rede stehenden Tatvorwürfe auch in weiteren Kommunen Hessens, Baden-Württembergs oder anderer Bundesländer versucht wurde mit gefälschten Einbürgerungsurkunden deutsche Pässe zu erhalten? Bitte die Bundesländer, Kommunen und die Fallzahlen für die Jahre 2019 bis 2024 benennen.

Der bei der Staatsanwaltschaft Hanau anhängige Ermittlungskomplex, auf den in der Großen Anfrage Bezug genommen wird, umfasst nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau insgesamt zwölf Verfahren, die sich jeweils gegen einen namentlich bekannten Beschuldigten richten. Betroffen ist nach dem aktuellen Stand der Ermittlungen ausschließlich Hanau. Es liegen im Kontext der verfahrensgegenständlichen Vorwürfe nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau keine Erkenntnisse darüber vor, dass in diesem Ermittlungskomplex in weiteren Kommunen Hessens, Baden-Württembergs oder anderer Bundesländer versucht wurde, mit gefälschten Einbürgerungsurkunden deutsche Pässe zu erhalten.

Frage 2 Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob im Kontext der in Rede stehenden Tatvorwürfe auch in anderen Bereichen – wie zum Beispiel im Gesundheitswesen oder in Jobcentern – versucht wurde, mit gefälschten Einbürgerungsurkunden weitere ungerechtfertigte Leistungen zu erhalten? Bitte die Bundesländer und die Fallzahlen für die Jahre 2019 bis 2024 benennen.

- a) In welchen Bundesländern?
- b) Welche Behörden oder private Einrichtungen waren betroffen?
- c) Für welche Leistungsarten wurden gefälschte Einbürgerungsurkunden benutzt?
- d) Welche Leistungen wurden fälschlicherweise gewährt?
- e) Wurden die Leistungen zurückgefordert?
- f) Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?

- g) Wie viele Strafverfahren wurden eingestellt und wie viele Verurteilungen erfolgten?
- h) Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen und welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen? Bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen. Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln.

Es liegen nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau derzeit keine Erkenntnisse darüber vor, dass versucht wurde, mit gefälschten Einbürgerungsurkunden ungerechtfertigte Leistungen zu erhalten.

- Frage 3 Hat die Landesregierung die hessischen Kommunen über die Einleitung der Ermittlungsverfahren informiert und um Überprüfung gebeten, ob dort Einbürgerungsurkunden vorgelegt wurden, die gefälscht sein könnten?
Wenn nicht: Bitte die Gründe dafür benennen.

Es gibt – jenseits der Stadt Hanau – keine Hinweise auf andere betroffene hessische Kommunen.

- Frage 4 Wird in den Ermittlungsverfahren auch gegen Amtspersonen ermittelt, da der Tatvorwurf Falschbeurkundung im Amt genannt wird?
Wenn ja: In welchen Behörden und gegen wie viele Amtspersonen wird ermittelt?

Bei der Staatsanwaltschaft Hanau ist in dem in Bezug genommenen Ermittlungskomplex nach dem dortigen Bericht ein Ermittlungsverfahren gegen eine Mitarbeiterin des Bürgerservice der Stadt Hanau wegen des Verdachts des Verschaffens von falschen amtlichen Ausweisen und Falschbeurkundung im Amt anhängig.

- Frage 5 Hat es in den Jahren 2019 bis 2024 vergleichbare Ermittlungsverfahren in Hessen beziehungsweise bundesweit gegeben?
Wenn ja: Bitte die jährlichen Fallzahlen benennen und soweit bekannt, den Ausgang der Verfahren einschließlich der Aktenzeichen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten mitteilen.

- Frage 6 Gibt es Behörden, die mehrfach betroffen waren? Bitte die Behörden und die Fallzahlen aufgeschlüsselt für die Jahre 2019 bis 2024 benennen.

Die Fragen 5 und 6 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung findet nicht statt. Eine händische Auswertung sämtlicher Vorgänge wäre innerhalb des zur Beantwortung der Initiative vorgegebenen Zeitrahmens nur mit unverhältnismäßigem Aufwand leistbar.

- Frage 7 Sind der Hessischen Landesregierung Fälle bekannt, in denen die Vorlage gefälschter Einbürgerungsurkunden tatsächlich zur Ausstellung von deutschen Pässen geführt hat?
- a) Bitte einzeln für die Jahre 2019 bis 2024 die Fallzahlen benennen.
 - b) Wurden die deutschen Pässe wieder eingezogen?
 - c) Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - d) Wurden andere Behörden oder private Einrichtungen von den Falschausstellungen informiert?
 - e) Ist bekannt, ob sämtliche fälschlicherweise gewährte Leistungen zurückgefordert wurden?
 - f) Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen? Bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen. Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln.

Zu Frage 7 a): In dem in Bezug genommenen Ermittlungskomplex kam es nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau im Jahr 2024 in insgesamt acht Fällen zur Aushändigung von deutschen Pässen. Hierbei wurden in sieben Fällen jeweils ein Reisepass und ein Personalausweis ausgehändigt, in einem Fall kam es zur Aushändigung eines Reisepasses.

Zu Frage 7 b): Aufgrund der erfolgten Ausschreibung wurde im Rahmen einer Einreisekontrolle der Reisepass eines Beschuldigten nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau sichergestellt. Im Übrigen sind die unter 7 a) genannten Dokumente zur Sachfahndung ausgeschrieben.

Zu Frage 7 c): Soweit in dem in Bezug genommenen Ermittlungskomplex entsprechende Fälle bekannt wurden, wurden nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau Verfahren im Sinne der Fragestellung eingeleitet.

Zu Frage 7 d): Ja.

Zu Frage 7 e): Im Rahmen der Ermittlungen in dem in Bezug genommenen Ermittlungskomplex wurde nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau bislang nicht bekannt, dass Leistungen fälschlicherweise gewährt wurden.

Zu Frage 7 f): Im Rahmen des in Bezug genommenen Ermittlungskomplexes aus dem Jahr 2024 sind nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft Hanau insgesamt zwölf Personen beschuldigt, von denen zwei die deutsche Staatsangehörigkeit, vier die türkische Staatsangehörigkeit, eine die serbische Staatsangehörigkeit, eine die iranische Staatsangehörigkeit, eine die armenische Staatsangehörigkeit und drei die afghanische Staatsangehörigkeit besitzen. Zum Aufenthaltsstatus ist bekannt, dass zwei Beschuldigte über eine Niederlassungserlaubnis aus humanitären Gründen, zwei über eine Niederlassungserlaubnis gemäß § 35 AufenthG (wegen Kindern) und einer über eine Bescheinigung über die Wirkung der Antragsstellung (Fiktionsbescheinigung), derzeit befristet bis 17.03.2025, verfügen. Ein Beschuldigter ist derzeit durch das Regierungspräsidium Darmstadt zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben, da eine unanfechtbare Ausweisungsverfügung besteht. Vier weitere Beschuldigte sind derzeit unbekannt verzogen. Zu ihrem aufenthaltsrechtlichen Status bestehen keine Erkenntnisse. Für das Ermittlungsverfahren erfolgte eine Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung.

- Frage 8 Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob bei hessischen Behörden oder bei Behörden oder privaten Einrichtungen in Baden-Württemberg oder anderer Bundesländer gefälschte Staatsangehörigkeitsausweise vorgelegt wurden, um deutsche Pässe oder sonstige Leistungen zu erhalten?
- Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 die Fallzahlen benennen.
 - Welche Behörden oder privaten Einrichtungen waren betroffen?
 - Wurden die eventuell ausgestellten deutschen Pässe wieder eingezogen?
 - Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - Wie viele Strafverfahren wurden eingestellt und wie viele Verurteilungen erfolgten?
 - Wurden andere Behörden oder private Einrichtungen von den Falschstellungen informiert?
 - Ist bekannt, ob sämtliche fälschlicherweise gewährte Leistungen zurückgefordert wurden?
 - Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen? Bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen. Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln.

Die Frage 8 a) bis h) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Diesbezüglich liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

- Frage 9 Bei welchen anderen amtliche Papieren außer Einbürgerungsurkunden und Staatsangehörigkeitsausweisen legten Ausländer in Hessen in den Jahren 2019 bis 2024 Fälschungen vor, um auf diese Weise ungerechtfertigte Leistungen zu erhalten?
- Die Art und Fallzahl der gefälschten Dokumente benennen (Geburtsurkunde, Nationalpass, Zeugnisse et cetera.).
 - Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 auflisten.
 - Die Behörden und privaten Einrichtungen benennen.
 - Für welche Leistungsarten wurden gefälschte Dokumente vorgelegt?
 - Welche Leistungen wurden fälschlicherweise gewährt?
 - Wurden diese Leistungen zurückgefordert?
 - Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - Wie viele Strafverfahren wurden eingestellt und wie viele Verurteilungen erfolgten?
 - Wurden andere Behörden oder private Einrichtungen von den Falschstellungen informiert?
 - Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen? Bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen. Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln.

Die Fragen 9 a) bis j) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung findet nicht statt. Eine händische Auswertung sämtlicher Vorgänge wäre innerhalb des zur Beantwortung der Initiative vorgegebenen Zeitrahmens nur mit unverhältnismäßigem Aufwand leistbar.

- Frage 10 Im Falle der Tatbeteiligung von Ausländern wird angefragt, welche konkreten Konsequenzen hatte das für die Betroffenen? In wie vielen Fällen wurden Ausweisungsverfügungen erlassen und wurden anhängige Einbürgerungsverfahren ausgesetzt beziehungsweise Einbürgerungsanträge wegen der Tatbeteiligung abgelehnt?

Zu den in Bezug genommenen Personen kann grundsätzlich mitgeteilt werden, dass gegen vier

eine Ausweisungsverfügung erlassen wurde, von denen eine rechtskräftig ist. Ferner ist gegen eine Person eine ausländerrechtliche Verwarnung (in anderem Zusammenhang) ergangen.

Die strafrechtlichen Ermittlungen in dem in Bezug genommenen Ermittlungskomplex dauern derzeit noch an.

Für weitere, ausländerrechtliche Konsequenzen gegen tatbeteiligte Ausländer liegen die bundesgesetzlichen Voraussetzungen nicht vor. Keine der genannten Personen betreibt aktuell ein Einbürgerungsverfahren; Verfahrensaussetzungen gibt es folglich nicht.

Wiesbaden, 14. Februar 2025

Prof. Dr. Roman Poseck